

Frische



Zeitung

15 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint als Morgen- und Abendblatt zwölfmal wöchentlich. Für Postabonten sind beide Ausgaben vereinigt. Täglich: „Unterhaltungsbillett“, „Finanz- und Handelsblatt“, — Sonntag: Die illustrierte Beilage „Zeithilfer“, und „Literarisches Ueberschau“, — Mittwoch: „Reise und Wanderung“, — Donnerstag: „Recht und Leben“

Wöchentlich 1 Mark, monatlich 4,30 Mark in Berlin und Orten mit eigener Zustellung. Bei Ausruf der Lieferung gegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigengebühren: mm-Zeile: 35 Pfennig, Familien-Anzeigen mm-Zeile 20 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer.

Verlag Ulstein & Co. Druckerei: Georg Bernhard Verwilt, Red. (m. Ausn. A. Handl.) L. V. Dr. Sivan v. Müller, Bin. Dr. Manuscripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beigefügt.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Köditzstraße 22-26

Versehrungs-Zentrale Ulstein: Amt Dönhofs (A 7) 3000-3065, für den Forwahrer: Amt Dönhofs 3066-3068. Telegramm-Adressen: Ulsteinpans, Berlin. Postcheckkonto Berlin 860.

Baldwins Vorstoß abgewehrt Sorge vor Amerika

London, 2. Juni | Ulstein-Nachrichtendienst

Der konservative Antrag auf Einziehung einer Enquete-Kommission zur Prüfung des Flottenabrüchungsabkommens wurde heute nacht mit 282 Stimmen der Liberalen und der Arbeiterpartei gegen 201 Stimmen der Konservativen abgelehnt.

In der heutigen Sitzung des Unterhauses begründete Baldwin in einer längeren Rede den Antrag der konservativen Partei, einen Ausschuss von 11 Personen einzusetzen, der das Londoner Flottenabrüchungs-Abkommen prüfen und durch Bericht der Admirale stellen soll, ob der Wert der Seeherrschaften befolgt ist. Baldwin begründete diesen Antrag damit, daß im Flottenabrüchungsvertrag für England die vitalen Interessen auf dem Spiele ständen. England habe seine Marine-Souveränität durch Annahme der Parität in Amerika preisgegeben, ohne daß Amerika sei es durch Eintritt in den Vorkriegsstand, sei es durch die Festlegung in der Frage des Nachbereichs ein Äquivalent erhalten hätte. Er wies ferner darauf hin, daß die übertriebene Bewertung der Konferenz „jedenfalls irreführend“ gewesen habe. Die politische Bestimmung zwischen Frankreich und Italien sei durch die Konferenz außerordentlich verschärfert worden und ein feanzösisch-italienischer Rüstungswettbewerb sei zu befürchten. Als Folge der Konferenz würden in der Welt noch Zusammenstoß des Flottenabrüchungsabkommens neue Schiff gebaut werden als vorher vorgesehen waren.

Baldwin polemisierte dann nachdrücklich gegen den sogenannten Auslieferungsgesetz des Marineabkommens. Er erklärte, daß England von dieser Bestimmung, wonach es sich bei französischen und italienischen Rüstungen nicht an die Abmachungen mit Amerika und Japan zu halten brauche, keinen Gebrauch machen könne, da es dadurch schweres Mistrauen in den Vereinigten Staaten hervorgerufen würde. Zum Schluß erklärte er, daß die Entscheidung der englischen Räte bezüglich des Äquivalents für die englische Seeherrschaft haben könne und die Möglichkeit bestehe, daß England durch seine Schwäche zu gefährlichen Abmachungen verführt werden könne, von denen es sich sonst fernhalten

würde. Als England vor dem Weltkriege vorübergehend nicht leicht genug gegen die deutsche Flotte still stehen konnte, habe nun mit Frankreich ein Flottenabkommen geschlossen, nach dem die englische Mittelmeerflotte in die Nordsee verlegt wurde, während England gleichzeitig der Schutz der französischen Küste übernahm und Frankreich dafür die englischen Mittelmeer-Befehlungen zu schätzen verstand. Durch dieses Abkommen sei Englands Eintritt in den Weltkrieg unermesslich geworden.

Baldwin, der die Ablehnung des konservativen Antrages verlangte, erklärte, daß eine Beratung Enquete ein sehr unangenehmes Präzedenzfall für alle Regierungen sein würde. Man könne die außerordentlichen und mittelwichtigen Fragen nicht nach dem amerikanischen Verfahren der parlamentarischen Enquete behandeln. Er wies dann darauf hin, daß die Konservativen, wenn sie gegen den Paritätsbegriff polemisierten, damit nur einen ideologischen Flottenwettbewerb zwischen England und Amerika hervorgerufen müßten. Die Vereinigten Staaten besäßen auf Tonnage-Parität, und England habe das Ziel verfolgt müssen innerhalb der europäischen Mächte und der pazifistischen Mächte das Gleichgewicht zu wahren. Zwischen England und Amerika liege keine politische Kooperation für bestimmte besondere Fälle (etwa einer Verletzung des Kellogg-Pakt) oder einen unprovozierten Angriffsfalles) vorzulegen. Das Ziel der Arbeiterpartei liege die Friedenssicherung durch Beilegung und nicht durch militärische Machtmittel sicherzustellen. Das Londoner Flottenabkommen sei keine einfache, sondern eine höchst schwerartige und schwere Geburt gewesen.

Der liberale Abgeordnete Lambert verlangte die Ablehnung des konservativen Antrages und die vorbehaltlose Annahme des Londoner Abkommens. Wenn kein Fortschritt auf dem Gebiete der Vertragsabgabe erfolge, könne Deutschland die Vereinigten Staaten betrachten und sich nicht an deren Seite einen demokratischen Antrag auf Aufhebung stellen.

Der Unterstaatssekretär Baker polemisierte gegen die konservative Auffassung, die noch immer einen Krieg mit Amerika in allen machtmittelstrategischen Berechnungen als eine Möglichkeit einsehe, während das englische Volk entschlossen sei, jeden derartigen Gedanken aus seinen politischen Erwägungen auszuschalten.

gierungsmehrheit ist, räumung abgeben. Die Radikalen haben am Vorn, den sie einst über die Person Lardneus nach dessen unabweisbarer Opposition gegen das Eintaagsabkominet Chempens verhängt hatten, wieder vergessen, daß Lardneus die leinstenfalls Mehrheit der Gruppe Marine zuzurechnen sind. Eine einseitige Arbeit über die Stellungnahme der einzelnen Parteien und Fraktionen wird man erst nach den Vorschlägen erhalten.

Senat für deutsch-amerikanisches Schuldenabkommen

New York, 2. Juni | Ulstein-Nachrichtendienst

Das Senatsplenum postierte heute ohne nennentliche Abstimmung die Vorlage, welche das in Berlin verhandelte Schuldenabkommen zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten zum Gegenstand hat. Die Vorlage, die bereits vom Repräsentantenhaus angenommen ist, geht nunmehr dem Präsidenten zur Unterschrift zu.

Die heutige Kabinettsitzung

Das Reichskabinettsitzung wird mit großer Spannung erwartet. Die Sitzung der Finanztagung erst heute am 2. Juni um 11 Uhr aufzunehmen. Das Kabinettsitzung, die die heutige Sitzung heute englischen Entscheidungen bringt, seine Beratungen am Mittwoch fortzusetzen und je ebenfalls, wenn irgend möglich, nach vor der Pfingstpause zu erledigen. Die parlamentarische Behandlung der Defizitsanfrage, die sich je auf den diesjährigen Etat beziehen, wird wahrscheinlich in der Zeit zwischen

Pfingsten und der großen parlamentarischen Sommerpause stattfinden, während die Frage der notwendigen Sparmaßnahmen, die in praktische Bedeutung erst für das Etatsjahr 1931 bekommen mag erst später, etwa im Herbst, erledigt werden können.

Das Ei des Hugenberg

Im Wahlkreis Halle-Merseburg, bisher einer Höhepunkt der Deutschnationalen und der radikalsten Richtung des „Stahlhelms“, hat Dr. Hugenberg eine Parteienliste gebildet. Seine grundsätzliche Rede war es, zunächst eine „Programmscheinverteilung“ als Sprach der Zeit über die Nation und die Welt; „Sehet, ich will die Feinde schlagen mit ihren eigenen Waffen. Ich will sie jähden mit den Auten, die sie für uns gebunden glauben. Ich will ihnen heimzahlen die Reparationslasten, die sie uns auferben, und den Fels auf ihre Schultern wälzen. Wir wollen das Geld, das sie von

Die neuen Volkshäuser errannt

Der Reichspräsident hat in die Aussicht genommenem Erneuerung der Volkshäuser in London und Rom sowie für den Posten des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes vollzogen. Der Reichspräsident hat in die Aussicht genommenem Erneuerung der Volkshäuser in London und Rom sowie für den Posten des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes vollzogen. Der Reichspräsident hat in die Aussicht genommenem Erneuerung der Volkshäuser in London und Rom sowie für den Posten des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes vollzogen.

Uns fordern, ihnen abzuhören, und neben den Tölen nach die neue Idee, die in den mitteleuropäischen Raum gelangt, eine Reparationsabgabe in einer Höhe liegen, die genügt, um mindestens 50 B. S. dessen, was wir jährlich an Erbital zahlen müssen, herauszufolgen.

Es scheint, als ob die Verarmung der Deutschnationalen Delegationen sich diese Verbindung angehört hat, ohne in ein respektloses Lachen auszubrechen. Vielleicht ist das wohl doch zu erklären, daß dieser Vorstoß zunächst so einfach und verblüffend klingt. Gewöhnliche Pflegen gegenüber Plänen, die so selbstverständlich scheinen, legen deshalb meist trübselig zu werden, weil sie sich fragen: merkwürdig, weshalb ist noch niemand vorher auf diese Idee gekommen? Aber einfache Gedanken stellen sich selten als epodote Erfindungen, meist dagegen als kapitaler Dummheiten dar. Es geriet es Herr Hugenberg können würden, daß es ihm gelang, den geeigneten Weg zu finden, auf dem Deutschland seine hohen Reparationslasten abürden könnte, und so sehr wir ihm, auch als unermöglicher Gegner, für eine solche Erfindung dank und Anerkennung zollen würden, diesmal gilt's noch nichts mit Bewußt und Anerkennung. Um so mehr aber mit der Verarmung darüber, daß ein Mann von individueller Berogenheit, der politisch ernst genommen werden will, so unüberlegt in die Welt reist.

Es lohnt gar keine ausführliche Kritik. Nur eine Gegenfrage ist an Herrn Hugenberg zu richten: Glaubst du wirklich, daß die Wöler der Welt einen Augenblick zögern würden, deutsche Waren mit mindestens den gleichen Zollzuschlägen zu belegen? Es ist nicht, daß Deutschland ein fester Konjunktionsfaktor ist. Aber es ist ein noch härterer Belegungs für Absatz, die es ausführen wird. Und täglich und häufig schlagen die Vertreter der Handels und der Industrie, daß schon jetzt die Geschäftskreise des Auslandes die deutsche Absatz erwärmen.

Um den Eindruck zu erneuen, daß sein Plan durchdringt sei, empfiehlt Hugenberg, er beabsichtigt den deutschen Exporteurten auf ihre Verarmungen selbstverständlich die darin liegenden Reparationsabgaben zurückzuführen. Er behauptet sich gegen den erwarteten Vorwurf einer ausführenden weiteren Erhöhung der deutschen Gesellschaftskosten durch die Preissteigerung der Rohstoffe. Dadurch wird der Hugenbergsche Vorstoß aber nicht besser. Denn er entspricht nicht nurmehr als eine Bezahlung der deutschen Warenpreise, die lediglich der Reichsregierung zu fragen hat. Damit ist der Stamm um die Verteilung der Reparationslasten durch Hugenbergs Diktat erledigt.

Der Konjunktionsfaktor ist zu fragen. Da aber ein großes Konjunktionsfaktor der Konjunktionsarbeiter, Angestellte und Kleinrentner Mittelstand bilden, und deren Lebenshaltung ein Teil der industriellen Produktionskosten bildet, so würde selbst, wenn der Hugenbergsche Plan durchzuführen wäre, die Selbstkostenquote der deutschen Industrie erheblich erhöht.

Milliarden für die Wirtschaft Lardneus Projekt

Paris, 2. Juni | Ulstein-Nachrichtendienst

Die Finanztagung der Kammer hat die Prüfung des Milliardenprojektes zur Lösung von Bankrott, Handel und Industrie begonnen. Die Debatte über dieses Projekt, das einen Gesamtschritt von etwa über 5 Milliarden Franken vorsieht, verzögert die Senatparlamentarische der Regierung des Parlamentes zu werden. Von allen Parteien, vor allem von den Sozialisten und den Radikalen sind ausführliche bis in die letzten Details durchgearbeitete Gegenentwürfe eingebracht worden. Auch liegen noch etwa einige Hundert von einzelnen Abgeordneten eingebrachte Widerspruchsentwürfe vor.

Für die morgige Eröffnungssitzung der Kammer liegen 18 Interpellationen vor. Die Regierung scheint entschlossen zu sein. Die Interpellationen nach allem Recht wieder nur in wöchentlichen Fortsetzungen, jedoch am Freitag, nachdem mit der Debatte kommen zu lassen, eine Zeit, die natürlich wenig nach dem Gedank der Interpellanten selbst ist. Aber mit dem Entschluß der Fortsetzungen werden, wie die Erfahrung gezeigt hat, nicht die gefährlichsten Themen entfällt, und dieses Resultat scheint der Regierung besonders hinsichtlich der sozialistischen Interpellationen von Leon Blum und Girard über den Vorkriegsstand freilich recht unwillig zu sein, und auch hinsichtlich der Interpellationen über die Arbeiter und die kommunistischen Interim in Verbindung kann die Regierung eine Abmilderung des öffentlichen Interesses nur angenehm empfinden.

Bemerkenswert ist für vor allem die Haltung der Radikalen, die den von Lardneus angebotenen „guten Weg“ in einer Konzentration, die nur eine Ermäßigung der angestreblichen Re-